

BESCHLUSSVORLAGE STADT KARLSRUHE Der Oberbürgermeister	Gremium:	53. Plenarsitzung Gemeinderat
	Termin: Vorlage Nr.: TOP: Verantwortlich:	23.09.2008 1457 6 öffentlich Dez. 3
Karlsruher Leitlinien zur Integration von Zuwanderinnen und Zuwanderern		

Beratungsfolge	Sitzung am	TOP	ö	nö	Ergebnis
Ausländerbeirat	18.06.2008	1	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	Befürwortung beschlossen
Gemeinderat	23.09.2008	6	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
			<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	

Antrag an den Gemeinderat / Ausschuss

Der Gemeinderat stimmt den Karlsruher Leitlinien zur Integration von Zuwanderinnen und Zuwanderern - nach Vorberatung im Ausländerbeirat - als verbindliche Handlungsrichtlinie der Verwaltung zu.

Finanzielle Auswirkungen				nein <input type="checkbox"/>	ja <input checked="" type="checkbox"/>
Gesamtaufwand der Maßnahme	Einnahmen (Zuschüsse u. Ä.)	Finanzierung durch städtischen Haushalt	Jährliche laufende Belastung (Folgekosten mit kalkulatorischen Kosten abzügl. Folgeerträge und Folgeeinsparungen)		
HH 2009: 59.500 € HH 2010: 45.000 €	./.	59.500 € 45.000 €	./.		
Haushaltsmittel stehen nicht zur Verfügung. Finanzposition: 1.500.11.14.08 - Maßnahmen der Ausländerbetreuung -					
Karlsruhe Masterplan 2015 - relevant	nein <input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/>		Handlungsfeld: Integration und Migration		
Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO)	nein <input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/>		durchgeführt am		
Abstimmung mit städtischen Gesellschaften	nein <input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/>		abgestimmt mit		

Die vorliegenden ergebnisoffenen „Karlsruher Leitlinien zur Integration von Zuwanderinnen und Zuwanderern“ unterstreichen nachhaltig den politischen Willen zu einer Neubewertung und damit einem Paradigmenwechsel der Integrationsarbeit in Karlsruhe. Integration als kommunale und ressortübergreifende Aufgabe der Kommunalpolitik wird nachhaltig und auf Dauer gestärkt.

Kommunalpolitisch legitimierte Gesamtkonzepte mit kurz-, mittel- und langfristigen Zielsetzungen entsprechen auch den Maßnahmeempfehlungen zur Selbstverpflichtung der Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände im Rahmen des Nationalen Integrationsplans der Bundesregierung.

Bei Integration von Zuwanderinnen und Zuwanderern geht es auch um Internationalität als Standortfaktor und um Qualifizierungspotenziale in Zeiten des demographischen Wandels. Toleranz und aktive Integration in Bildung und Arbeitsmarkt sind in der globalisierten Welt ein Standortvorteil. Erfolgreiche Integrationspolitik rückt deshalb verstärkt in den Mittelpunkt und ist positiv besetzt.

Das vorliegende Gesamtkonzept definiert Zielgruppen und Handlungsschwerpunkte für Karlsruhe, um langfristig wirtschaftlich erfolgreich und sozial befriedet zu sein.

Antrag an den Gemeinderat

Der Gemeinderat stimmt den „Karlsruher Leitlinien zur Integration von Zuwanderinnen und Zuwanderern“ – nach Vorberatung im Ausländerbeirat – als verbindliche Handlungsrichtlinie der Verwaltung zu.

Hauptamt - Sitzungsdienste -
September 2008